Bürgerverein Heuchelhof 3.9.2014

Bürgerstimme Nr.21 zum A3-Würzburg-Tunnel

Autobahnausbau darf nicht Würzburgs Feinstaubprobleme vergrößern!

Im Jahr 2004 wurde erstmals ein Luftreinhalteplan für die Stadt Würzburg erstellt, nachdem im Jahr zuvor die Grenzwerte für Feinstaub PM10 an mehr als den zulässigen 35 Tagen überschritten wurden. Im Jahr 2010 musste die erste Fortschreibung erarbeitet werden, weil 2008 der zulässige NO2 – Jahresmittelwert an der damals neuen Messtelle Stadtring (Nähe Rottendorfer Straße) überschritten wurde. Diese Überschreitungen wiederholten sich auch 2009 und in allen folgenden Jahren. Im Jahr 2011 wurden an dieser Messtelle auch unzulässig viele, nämlich 36 Überschreitungstage bei Feinstaub PM10 gemessen. Die Messstelle 2004 stand am Kardinal-Faulhaber-Platz, wurde dort aber inzwischen abgebaut.

Der Luftreinhalteplan und seine Fortschreibung wurden von der Regierung von Unterfranken im Auftrag der Stadt Würzburg erstellt. Bei einer Informationsveranstaltung zur Luftreinhaltung am 18.6.2012 erklärte der Würzburger Umweltreferent Kleiner, die Stadt könne die Schadstoffkonzentrationen nur in ganz geringem Maße senken, weil die Hintergrundbelastung zu hoch sei. Mit Hintergrundbelastung meint er die Schadstoffe, die von fern hierher getragen werden. Diese Aussage ist richtig, bezogen auf die Jahresmittelwerte. Kleiner behauptete aber, auch gegen die Überschreitungstage, die immer bei austauscharmer Wetterlage auftreten, könnte man nicht viel machen. Diese Aussage ist falsch. Denn bei austauscharmer Wetterlage sind es ganz überwiegend die örtlichen Emissionen, die die Schadstoffkonzentrationen steigen lassen.

Naheliegend ist es, für den Fall der Überschreitungstage den Siedlungsraum Würzburg zu untersuchen und die Hauptverursacher des Feinstaubs PM10 zu ermitteln. Der Bürgerverein hat dies getan und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass auf der untersuchten Siedlungsfläche (Kreis um Stadtmitte mit Radius 12 km) 235,3 to PM10 pro Jahr emittiert werden, davon produzieren die Autobahnen 109,2 to, die übrigen Straßen 45,7 to, alle anderen Quellen 80,4 to. Der Fernverkehr ist mit 99,8 to stärker beteiligt als die einheimischen Fahrzeuge mit 55,1 to.

Übel daran ist, dass die hohen Schadstoffkonzentrationen bei austauscharmen Wetterlagen nicht auf die unmittelbare Umgebung der meistbefahrenen Straßen beschränkt sind, sondern den ganzen Talkessel von Würzburg ausfüllen.

Klar ist, wenn die Stadt Würzburg so weiter macht wie bisher, wird sie das Problem der Feinstaubüberschreitungstage nie in den Griff bekommen. Es gibt zwar die sicher wirkungsvolle Option Würzburg-Tunnel mit Filterung, aber die Stadt hat bis zum Bürgerbegehren 2014 versäumt, sich mit allen Mitteln für dessen Realisierung einzusetzen.

Den A3-Ausbau genehmigt die Regierung von Unterfranken. Die Regierung untersteht ebenso wie die Autobahndirektion Nordbayern dem Bayerischen Innenministerium. Dagegen ist schwer anzukommen. Und schlimm ist, dass Bürger zwar die Stadt Würzburg auf Luftreinhaltung verklagen können, nicht aber den Staat, der die A3 und A7 ausbaut.

Die Ermittlungen des Bürgervereins sind kein Gutachten, aber sie sind nachvollziehbar (siehe Bürgerstimme Nr.3, Anhang) und das Ergebnis ist plausibel.
Der Bürgerverein Heuchelhof fordert daher, dass die Stadt Würzburg, um von sich und von ihren Bürgern Schaden abzuwenden, die künftige Luftschadstoffsituation an Tagen mit austauscharmer Witterung gründlich untersuchen lässt, und zwar von neutralen Sachverständigen. Die Untersuchung muß unverzüglich beginnen, bevor durch den Ausbau unveränderbare Fakten geschaffen sind.

Christiane Kerner und Hermann Wördehoff